

Newsletter Juni 2021

**Mutlos. Kraftlos.
Rückwärtsgewandt.**

Schulgesetzänderung an den Bedarfen der Wirklichkeit vorbei:

Die Elternvertretungen hatten gehofft, jahrelange Debatten um eine Verbesserung ihrer Arbeitsmöglichkeiten konstruktiv abzuschließen. Vergebens. Anzuhörende hatten in überwältigender Mehrheit Regelungen zum Digitalunterricht eingefordert. Und das wäre ja auch eine sinnvolle Konsequenz gewesen nach zwei Jahren Corona. Vergebens. Stattdessen hat die

Koalition sehr viel Arbeit auf Semantik vergeudet. Bildungsideologisch ist es ihr besonders wichtig, den Begriff der Pädagogik wieder aus dem Schulgesetz zu tilgen und ihn durch Bildung und Erziehung zu ersetzen. Und was fällt der Koalition dann zum Thema Erziehung ein? Ausführlichere Strafkataloge. Besonders die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten stand im Mittelpunkt der Landtagsdebatte. Mithilfe der Bundesmittel muss es jetzt endlich Wirklichkeit werden, dass alle Schülerinnen und Schüler so ein Gerät erhalten. Das zu regeln traut sich die Koalition aber nicht. Die Koalition schrieb diesen Satz ins Schulgesetz: „Zur Erfüllung ihres Auftrags kann die Schule auch zur Verfügung stehende digitale Medien und Werkzeuge, insbesondere digitale Lehr- und Lernsysteme und Netzwerke, nutzen.“ Wenn nicht, dann nicht..

SPD und SSW hatten aus der umfangreichen mündlichen und schriftlichen Anhörung eine ganze Reihe von Anregungen aufgenommen, die Digitalisierung betreffend und solche, die die Elternarbeit an den Schulen gestärkt hätten. Dazu gehörte die Forderung, die Arbeit der Landeselternvertretungen durch eine eigene Geschäftsstelle zu stärken. Letztlich müssen wir uns immer bewusst bleiben: Es geht nicht primär um die Technik, sondern darum, was wir mit der Technik machen. Die Landesregierung hat eine Chance verpasst, Möglichkeiten für die Zukunft zu eröffnen.

[Landtagsrede von Martin Habersaat](#)
[Anträge von SSW und SSW](#)



Nach zwei Corona-Schuljahren:

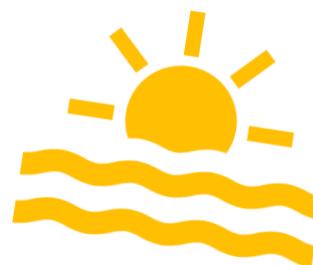
Unterstützung für Schülerinnen und Schüler darf nicht vom Zufall abhängen!

Es hängt vom Zufall ab, in welchem Kreis man wohnt, welche Inzidenzwerte es dort gab und ob in der Folge mehr oder weniger Unterricht in Distanz, im Wechsel oder in Präsenz stattfinden konnte. Es hing vom Zufall ab, ob Schulträger und Schule schon zu Beginn der Pandemie die technischen Voraussetzungen für digitalen Distanzunterricht geschaffen hatten oder im Laufe der Zeit mehr oder weniger erfolgreich nachrüsteten. Und es hing vom Zufall ab, ob es ein gutes Konzept für die Umsetzung des Stundenplans per Videokonferenz mit regelmäßigen Rückmeldungen durch die Lehrkraft gab, ein ausbaufähiges oder gar keines. Nach all' diesen Zufällen ist es nur zu verständlich, dass Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte jetzt nach Gewissheiten fragen und sich klare Aussagen wünschen. Welche Unterstützung gibt es vor Ort konkret? Welche Angebote finden flächendeckend, verbindlich und für alle statt? Aber Konkretes liefert die Landesregierung nicht. Zwar wird das Rahmenkonzept für das Schuljahr 2021/22 in verschiedenen Längen angeboten, leider wird es aber nicht konkreter, je länger es wird. Es bleibt zufällig, welche Maßnahmen zum Aufholen und welche Konzepte für das soziale Lernen an welcher Schule umgesetzt werden.

[Rahmenkonzept für das Schuljahr 2021/22](#)
[Landtagsrede von Martin Habersaat](#)
[Antrag von SPD und SSW](#)

Lernsommer 2021 – nichts gelernt?

Für den Lernsommer 2020 hatte die Bildungsministerin Anfang Juni 2020 ein Konzept vorgestellt angesichts von Sommerferien, die Ende Juni begannen. Nicht mehr als ein Prozent der Schülerinnen und Schüler im Lande konnten auf diesem Weg erreicht werden. Andere Bundesländer hatten das Problem im letzten Sommer auch, haben dann aber Angebote über weitere Ferien durchgezogen und den Sommer 2021 gut vorbereitet. In Schleswig-Holstein wirkt es, als wechselten die Jahreszeiten für manche überraschend. In diesem Jahr wurden die Schulen zwar schon am 6. Mai in Sachen Lernsommer angeschrieben – allerdings beginnen die Ferien in diesem Jahr auch schon Mitte Juni. Die Zahl der beteiligten Schulen liegt etwa im Bereich des Vorjahres, wir warten gespannt ab, wie es mit der Zahl der erreichten Schülerinnen und Schüler aussieht. Für uns sieht es derzeit so aus, als gäbe es vielerorts bestenfalls einen Gutschein für den örtlichen privatwirtschaftlichen Nachhilfeanbieter.



[Übersicht zum Lernsommer 2021](#)

Digitales Lernen – digitale Inhalte

Am 3. Juni hat die Landesregierung einen „Fortschrittsbericht zum Stand der Digitalisierung an den Schulen in Schleswig-Holstein“ vorgelegt ([Drucksache 19/3060](#)). Auf die angeblichen und tatsächlichen Fortschritte werden wir später ausführlich eingehen. Hier soll es - endlich einmal - um die digitalen Inhalte für das digitale Lernen gehen: Auf S. 15 findet sich der Hinweis auf eine im Aufbau befindliche offene Bildungsmediathek der Länder. Auch das IQSH hält eine Mediathek vor. Beides wird vermutlich nichts ausreichen, was Schulträger vor die Frage stellen wird, ob und welche zusätzlichen Lizenzen erworben werden sollen. Soll das zentral vom Land passieren? Das müssen wir diskutieren; gegen eine zentrale Beschaffung desselben Schulbuches für alle hätte es sicherlich Vorbehalte gegeben. Vielleicht kann es aber eine zentral organisierte Auswahl geben? Bremen beispielsweise hat nicht nur vor Jahren für alle Schulen die Lernplattform Itslearning angeschafft, sondern auch eine Vereinbarung mit Sofatutor getroffen. Alle Inhalte von Sofatutor stehen damit allen Schülerinnen und Schülern in Bremen über ihren Itslearning-Account zur Verfügung. Das haben wir für Schleswig-Holstein auch angeregt, bisher vergebens. Derzeit laufen aber der von uns in der letzten Legislaturperiode angestoßene Aufbau einer landeseinheitlichen Schulverwaltungssoftware - Schleswig-Holstein übernimmt die Software aus Brandenburg und passt sie für unsere Bedürfnisse an - und einer möglichst landesweiten Lernplattform; im Mai hat nach einer Ausschreibung Itslearning den Zuschlag erhalten.

Wo bleiben die Dienstlaptops für unsere Lehrkräfte?

Bildungsministerin und Staatskanzlei schaffen es nicht, die Lehrkräfte in Schleswig-Holstein zeitnah mit digitalen Endgeräten auszustatten (Kleine Anfrage [19/3044](#)). Bei einem Schulgipfel im Kanzleramt haben sich Bund und Länder im September 2020 auf eine engere Zusammenarbeit bei der Digitalisierung geeinigt. Als erste Maßnahme sollten die 800.000 Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland noch im Jahr 2020 Dienstlaptops erhalten.

Jetzt beginnen in Schleswig-Holstein bald die Sommerferien 2021, und nichts ist passiert. Bis Mitte Juni hat keine einzige Lehrkraft einen Dienstlaptop erhalten. Im Januar hatte der Bund die Förderrichtlinie fertig. Bereits im Februar hatte Dataport der Landesregierung ein Konzept für die Bereitstellung und den Betrieb der Lehrkräfte-Endgeräte inklusive der erforderlichen Leistungen wie Support, Wartung und Administration vorgelegt. Dann passierte monatelang nichts. Erst Mitte Mai konnte sich die Regierung zu einer Entscheidung durchringen, bis heute sind lediglich 5.000 Geräte bestellt worden - das wird nicht einmal für ein Fünftel der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein reichen. Die Ausstattung soll nunmehr „ab dem Schuljahr 2021/22 erfolgen“. Ein Zieldatum, zu dem man fertig sein möchte, wird vorsichtshalber nicht genannt. Das ist behäbig und ein Zeichen von Missmanagement in Staatskanzlei und Bildungsministerium. Die Bildungsministerin scheint sich für dieses Thema nicht wirklich zu interessieren, anders lassen sich diese Fristen nicht erklären.

Schulen im Land ungleich mit Fachkräften versorgt

Den Fachkräftemangel spüren vor allem Förderzentren und Grundschulen:

Während die Unterrichtsversorgung ein eher theoretischer Wert ist, der sich am Bedarf der Schulen und den dafür im Haushalt zur Verfügung gestellten Stellen bemisst, sagt die tatsächliche Besetzung dieser Stellen durchaus mehr über die Lage an den Schulen und Handlungsnotwendigkeiten aus. Mit dieser konkreten Stellenbesetzung haben wir uns jetzt näher befasst. Fazit: Den Gymnasien geht es unter der Jamaika-Regierung am besten, Förderzentren und Grundschulen haben es schwer. Gymnasien haben bei Jamaika die bessere Lobby, das ist auch bei der Unterrichtsversorgung zu spüren. Indem CDU, Grüne und FDP die Ausbildung von Lehrkräften für Gymnasien und Gemeinschaftsschulen wieder trennten, festigten sie eine ungünstige Entwicklung.

Am Stichtag, dem 6. Oktober 2020, waren an den Gymnasien in Schleswig-Holstein 107,9 Prozent der vorhandenen Stellen besetzt. Die Grundschulen mussten mit einer Stellenbesetzung von 99,3 Prozent auskommen, die Förderzentren mit 95,9 Prozent. An den Grundschulen im Kreis Dithmarschen sind es sogar nur 89,4 Prozent. Wie viele dieser Stellen mit langfristig ausfallenden Lehrkräften (z.B. Sabbatjahr, Elternzeit) besetzt sind, vermochte die Bildungsministerin binnen 14 Tagen ebenso wenig herauszufinden wie das Unterrichtsvolumen, das durch Lehrkräfte in Ausbildung erteilt wird. 73 Stellen werden durch Seniorlehrkräfte besetzt, 167 Stellen durch Lehrkräfte mit 1. Staatsprüfung, die sich nicht im Vorbereitungsdienst befinden. Ganze 770 Stellen werden durch 1.365 Menschen ohne Lehramtsausbildung besetzt.

Schulform	Lehrtätigkeit ohne Lehramtsstudium Köpfe / Stellen 4. März 2019 (19/1803)	Lehrtätigkeit ohne Lehramtsstudium Köpfe / Stellen 6.10.2020 (19/3013)
Gymnasium	74 / 31,75	83 / 38,38
Berufsbildende Schule	407 / 240,55	293 / 147,43
Förderzentren	151 / 105,78	193 / 117,7
Gemeinschaftsschule	282 / 181,29	361 / 229,68
Grundschule	444 / 243,24	435 / 236,98
Summe	1358 / 802,61	1366 / 770,17

Klare Standards für Musikschulen

SPD und SSW haben im Juni den Entwurf eines Musikschulgesetzes in den Landtag eingebracht. Die Pandemie hat uns erneut vor Augen geführt, wie wichtig kulturelle Bildung ist. In Zeiten großer Unsicherheit brauchen die Einrichtungen der kulturellen Bildung rechtliche Sicherheit. Diese wollen wir unseren Musikschulen geben, so wie das auch in anderen Bundesländern wie Sachsen-Anhalt und Brandenburg geschehen ist.

Wir schaffen mit diesem Gesetz das Qualitätssiegel „staatlich anerkannte Musikschule“. Anerkannte Musikschulen sollen Zugang zu einer Landesförderung erhalten, die im Landeshaushalt verankert ist. Auf dieser Grundlage können wir Kooperationen zwischen Musikschulen mit allgemein bildenden Schulen und zur musikalischen Früherziehung mit Kindertageseinrichtungen weiterentwickeln. Das Gesetz im Dialog mit vielen Expertinnen und Experten entstanden, wir freuen uns aber auf weitere Anregungen im Rahmen des Anhörungsverfahrens.

[Entwurf für ein Musikschulgesetz](#)

MuseumsCard 2021

Die allerersten Computerspiele im Computermuseum in Kiel ausprobieren, im Lauenburger Elbschiffahrtmuseum den Elbboden bei Niedrigwasser betreten oder das Leben hinter Gittern im Gefängnismuseum Hamburg Justizvollzugsanstalt Glasmoor erkunden – es gibt viele spannende Dinge, die man in Museen in Schleswig-Holstein, Hamburg und Dänemark erleben kann.

Mit der MuseumsCard 2021 geht das umsonst: Die MuseumsCard ist eine Eintrittskarte, mit der Kinder und Jugendliche kostenlos in über 120 Museen kommen. Und in den Herbstferien am 7. und 14. Oktober 2021 gilt sie als Fahrkarte in Bussen und Bahnen im Nahverkehr Schleswig-Holstein. Die MuseumsCard 2021 gilt vom 5. Juni bis 24. Oktober 2021 für alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren und ebenso für alle Jugendgruppenleiter*innen. Erhältlich ist sie in allen teilnehmenden Museen, bei den Sparkassen in Schleswig-Holstein, in vielen Tourist-Informationen und – bei größeren Mengen wie z. B. für Schulklassen – beim Landesjugendring Schleswig-Holstein unter info@lirsh.de. Außerdem ist sie als App im iTunes- und Android-Shop kostenfrei erhältlich.

[Mehr Informationen zur MuseumsCard 2021](#)
[Diese Museen machen mit](#)

Berufliche Bildung

Uns hat die berechtigte Kritik erreicht, dass die berufliche Bildung in unserem Newsletter zu kurz käme. Das ist weder Absicht noch Nachlässigkeit.

Wir berichten hier in erster Linie über die Debatten im Landtag. Der Bericht über die Jugendberufsagenturen, die von uns in der vorigen Regierung auf den Weg gebracht worden sind, war auf der Tagesordnung, wurde aber nochmals geschoben und soll jetzt im August debattiert werden, dann hoffentlich so, dass es auch jemand mitbekommt. Das ist besser, als wenn er ohne Debatte in die Ausschüsse für Bildung und Wirtschaft überwiesen worden wäre. Wir werden berichten.

[Bericht über die Jugendberufsagenturen](#)

UNSERE NEUESTEN LANDTAGSREDEN UND PRESSEMITTEILUNGEN:

Schule

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 02. Juni 2021

Wenn Eltern ihre Kinder aus Pandemiegründen zuhause beschulen, ist das kein Fehltag!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-06-02-15-07-08-7f3d/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Kai Vogel vom 03. Juni 2021

Uninformierte Informatiker

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-06-03-17-44-15-67e0/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 11. Juni 2021

Endgeräte für Lehrkräfte: Schleswig-Holstein verstopft den Start

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-06-11-10-45-47-30ba/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 15. Juni 2021

Nichts gelernt: Diese Bildungsministerin regiert an der Realität in Schleswig-Holstein vorbei

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-06-15-15-08-53-3218/?tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 16. Juni 2021

Mutlos. Kraftlos. Rückwärtsgewandt.

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-06-16-10-53-58-7cff/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 17. Juni 2021

Stückwerk statt Feuerwerk

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-06-17-17-01-23-7801/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Rechtsextremismus

Pressemitteilung von Tobias von Pein vom 09. Juni 2021

„Rasse“ hat in unserer Verfassung nichts zu suchen

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-06-09-15-10-25-0766/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Unsere Arbeitskreis-Mitglieder

[Martin Habersaat](#)

Vorsitzender, Sprecher für Kulturpolitik, Kirchen und Religionsgemeinschaften

[Prof. Dr. Heiner Dunckel](#)

Sprecher für Hochschule, Wissenschaft, Forschung und Weiterbildung

[Kirsten Eickhoff-Weber](#)

Sprecherin für Berufliche Bildung

[Bernd Heinemann](#)

Sprecher für Niederdeutsch

[Tobias von Pein](#)

Sprecher für politische Bildung und gegen Rechtsextremismus

[Kai Vogel](#)

Sprecher für Schulpolitik

IMPRESSUM

Dieser Newsletter wird in unregelmäßigen Abständen vom Arbeitskreis Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur, Rechtsextremismus und religiöse Angelegenheiten der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag herausgegeben.

Verantwortlich: Dr. Michael Schmidt-Neke, SPD-Landtagsfraktion, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel. Email: m.schmidt-neke@spd.ltsh.de